

LESER SCHREIBEN

In der Verantwortung

Zahlreiche Zuschriften haben uns in den letzten Tagen zur vereitelten Abschiebung des 22-jährigen Saddam H. erreicht. Hier die jüngsten Briefe in ihren wesentlichen Auszügen:

Christoph Schönberger schreibt: Bei aller Solidarisierung mit Saddam. H bleiben einige Ungereimtheiten. Rätselhaft schon, wie er mit seiner Familie von Griechenland oder Italien nach Deutschland übersiedeln konnte. Denn nach den Schengenregeln sind Asylanträge stets im Land der Erstankunft zu stellen, also in Griechenland. In Deutschland hätte gar kein Asylverfahren stattfinden dürfen. Dass der junge Mann seit 2014 in Deutschland einen Schulabschluss nachgeholt und einen Ausbildungsplatz in Aussicht hat, sind sicherlich Pluspunkte. Bei regulärem Vollzug hätte er aber schon 2017 das Land verlassen müssen. Soll nun Gnade vor Recht walten, weil mit einer gewissen Cleverness die Abschiebung zunächst blockiert wurde? Mir geht es nicht um die Diskreditierung von aufrichtigen Solidaritätsbekundungen. Ich finde aber, gerade in einem solchen Fall darf der Rechtsstaat sich nicht vorführen lassen.

Martin Mersmann kritisiert: Es gibt ihn noch, den guten deutschen Beamten, der, nur seine Pflicht tuend, ohne mindestens ausreichende Einzelfallprüfung über menschliche Schicksale entscheidet. Ebenso wie seinen Vorgesetzten. Beide nutzen nicht den ihnen zustehenden Ermessensspielraum, der den Beamten übrigens nicht nur Möglichkeiten, sondern durchaus auch persönliche Verantwortung zuschreibt! Ich weiß weder, was die Zukunft bringt, noch wie solche Menschen ihre Kinder erziehen.

Ralf Witt schreibt: Es ist abscheulich, wie mit Menschen, die sich integrieren wollen und hierfür ihr

Bestes geben, umgegangen wird. Die Ausrede „man sei nur ausführendes Organ“ zeugt von Unfähigkeit und erinnert an finstere Zeiten, die sich nie wiederholen dürfen. Niemand sollte daran gehindert werden, mit uns zu leben und damit unsere Heimat zu bereichern. Ich hoffe, dass das Ausländeramt künftig im Sinne einer menschenwürdigen Integration für notwendige positive Schlagzeilen sorgt. Die Städteregion Aachen sollte sich hier in der Verantwortung sehen, Schergen keinen Raum zu geben, um Menschen in Bedrängnis zu bringen bzw. ins kalte Wasser zurückzustoßen.

Dieter Spoo kommentiert: Im Laufe der Berichterstattung über Saddam H. wurde erwähnt, dass im letzten Jahr 122 asylsuchende Menschen verhaftet und in „Auslieferungsgewahrsam“ genommen wurden. Ich frage mich nun, wie viele Menschen ohne Lobby, aber mit ähnlichen Hintergründen wie Saddam H. einfach aus Stadt und Städteregion Aachen verschwinden, ohne dass es auffällt?

Mir ist klar, dass eine unserem immer restriktiveren Ausländerrecht verhaftete Behörde andere Maßstäbe anlegen muss als eine soziale, dem Wohl des Menschen verpflichtete Gruppierung. Mir ist klar, dass sich viele Mitarbeiter des Ausländeramtes um einen humanen, integrativen Umgang an ihrem Arbeitsplatz bemühen. Aber mir ist auch klar, dass es neben nachvollziehbaren Abschiebungen eine zunehmende Zahl an Menschen gibt, die chancenlos in die Mühlen einer unbarmherzigen, da immer gleichgültigeren Bürokratie geraten. Wenn aber entgegen allen humanitären Sonntagsreden der Umgang mit Geflüchteten still und leise immer undurchsichtiger und unbarmherziger wird, werden unsere Nachkommen wieder einmal fragen, wie all das passieren konnte, ohne dass eine bürgerliche Gesellschaft aufgeschrien hat.

Nutzung des Parkhauses

Zu den Büchel-Plänen entwickelt Dietmar Spiegel seine eigenen Überlegungen:

Die Absicht der Baudezernentin Frauke Burgdorf, über die Büchelpläne erst nach der Kommunalwahl im kommenden Herbst entscheiden zu lassen, halte ich für richtig und vernünftig in der Hoffnung auf eine weitere breite und öffentliche Diskussion über Altstadt/Innenstadt, Bushof usw. und das eng damit verbundene Gesamt-Verkehrskonzept. Nur zu leicht verschwimmen Tatsachen, Interessen, Absichten und Vorurteile vor Wahlen. In Sachen Parkhaus Büchel wünsche ich mir, dass der beabsichtigte Totalabriss nicht unter Entscheidungsdruck gerät. Zu viele Fragen sind aus der Sicht von Umwelt- und Ressourcen-

schutz und -chancen noch ungeklärt. Ein Abriss der Untergeschosse bringt keine neuen historischen Erkenntnisse, gefährdet aber die umliegenden Bodendenkmäler und Thermalwasserströme und bringt erhebliche Emissionen (Abgas, Lärm, Staub usw.) vor Ort sowie bei der Abfuhr auf eine Deponie. Zudem müssten für bisherige und neue Anlieger E-Mobil- und Fahrradgaragen neu gebaut werden mit viel Stahlbeton und weiteren Umweltschäden. Erd- und Obergeschoss können nach Instandsetzung sogar rollstuhlgerecht flexibel genutzt werden für öffentliche Quartiereinrichtungen, durch Hochschul-institute oder auch gewerblich (Markthalle, Ausstellungen usw.) sowie für ein Blockheizkraftwerk – klimakorrek und kostensparend.

Hin zum Begegnungsort

Hans Dieter Collinet und Prof. Klaus Klever schreiben zum Artikel „Das Kármán wird bald wieder belebt“:

Aachen lebt von den Hochschulen nicht nur als Institutionen, sondern vor allem von den dort Arbeitenden und Studierenden. Um die innerstädtischen Potenziale der Durchdringung von städtischem und universitärem Leben, wie sie sich zwischen Rathaus und dem Hauptgebäude der RWTH geradezu aufdrängen, beneiden uns viele Universitätsstädte. Man muss nur etwas daraus machen. Als 2017 der Abriss des Kármán-Forums drohte, war es die von BDA Aachen und Förderverein „aachen_fenster-raum für bauen und kultur“ im Oktober 2017 organisierte zweitägige denk.werk-

statt „Typisch Stadt: Kommunikation und Vielfalt statt Abgrenzung und Mono-Struktur, Perspektiven zur Zukunft des Kármán Forums“, die alle Beteiligten, insbesondere aufseiten der Hochschule wie des BLB, innehalten ließ. Ein gutes Beispiel, dass sich konstruktives bürgerschaftliches Engagement lohnt. Dem neuen Rektor, Prof. Dr. Rüdiger, ist es nun zu verdanken, dass auch die RWTH ihre Verantwortung für den von ihr dominierten Stadtraum erkennt und mitgestalten will. Das Kármán-Forum kann nun seinem Namen als Forum gerecht werden und den öffentlichen Raum im Kontext der Sanierung der Hörsaalgebäude zu einem lebendigen Ort der Kommunikation und Begegnung für Studierenden wie Bürger gestalten.

Licht am Ende des Tunnels

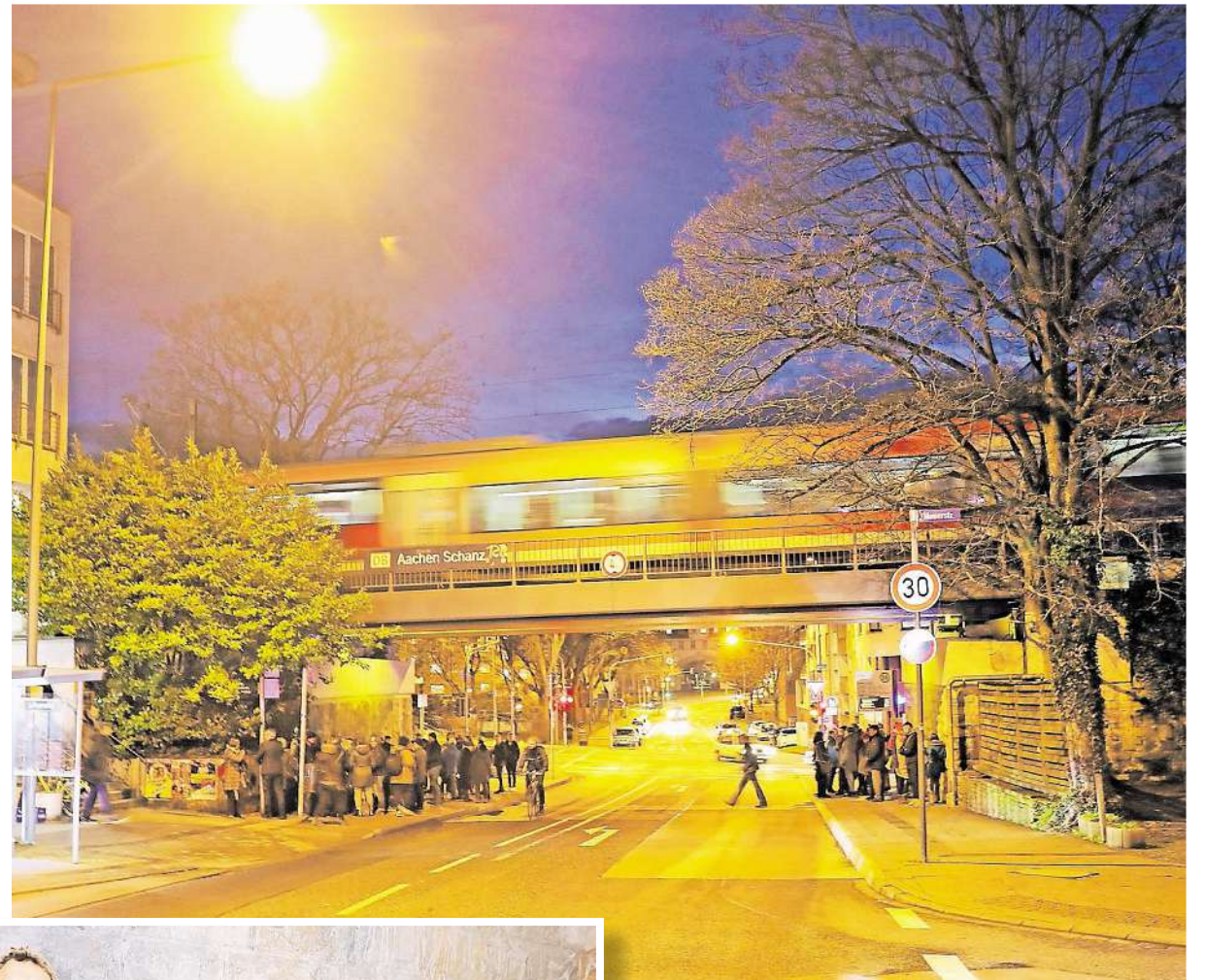
Im Schulterschluss haben mehrere Kooperationspartner aus der Brücke an der Schanz ein Kunstobjekt gemacht. Ein bislang dunkler Flecken verschwindet so aus der Stadt.

VON PETER SCHOPP

AACHEN Notwendige Bauarbeiten, eine zündende Idee, Enthusiasmus, künstlerische Begabungen und jede Menge Herzblut, das sind die Zutaten, die ein bemerkenswertes Kunstwerk entstehen ließen, welches allen Bürgern immer zugänglich ist und an eher ungastlicher Stelle an der Schanz ein Kleinod entstehen ließ.

Die Deutsche Bahn musste vor einigen Jahren die Eisenbahnbrücke an der Kreuzung Vaalser Straße/Junkerstraße erneuern, bei den Vorbereitungsarbeiten waren intensive Bohrungen in das Fundament notwendig. Diese Bohrungen hinterließen 24 recht unansehnliche Löcher in den Wänden unter der Brücke. Nach intensiven Überlegungen und einer Idee aus der Verwaltung entschlossen sich die Verantwortlichen in Zusammenarbeit mit der Bahn als Eigentümerin, der Stawag als fachlichem Begleiter, dem Aachener Architekturbüro archigraphus als planerisch verantwortlichem Partner und einigen jungen Künstlern aus der Städteregion, ein Lichtkonzept an dieser ungewöhnlichen Stelle zu etablieren.

Bei der Präsentation des „Goldene Schanz“ genannten Projektes kämpfte Baudezernentin Frauke Burgdorf mit der Lautstärke von Bahn- und Autoverkehr, ein Megaphon verschaffte ihr Gehör. Der Dank an alle Beteiligten kam dennoch an, und sofort begannen die zahlreichen Zuschauer, sich ein Bild vom Ergebnis zu machen. „Der Weg hierhin war lang,“ präzierte Architekt Markus Ulrich die Arbeiten und blickte kurz zurück. „Drei Jahre inklusive aller planerischen Vorarbeiten haben wir bis heute benötigt, das ist unter den gegebenen Umständen relativ wenig.“ Denn die Bahn als Eigentümerin des Objektes hat so ihre Vorschriften und Vorstellungen bei der Umsetzung gehabt, Stichwort Denkmalschutz. 16 verschiedene Ansprechpartner habe man gezählt, so Ulrich.



„Goldene Schanz“: Mit viel Licht und kunstvollen Elementen wird aus der eher schmucklosen Brücke an der Vaalserstraße ein Kunstobjekt. Joachim Schmidt, Markus Ulrich (beide Architektenteam archigraphus), Frauke Burgdorf (Stadt Aachen) und Wilfried Ulrich (Stawag) stellten das Werk vor.

FOTOS: ANDREAS STEINLE



ihre Ideen und Gedanken zum Thema Aachen, Jakobsviertel oder Bahn umsetzen.

Jan Bebronne ist einer der jungen Künstler. „Zunächst

Nachdem alle Vorplanungen abgeschlossen und die ersten Beleuchtungsproben in den Betonlöchern genommen worden waren, konnte es an die praktische Umsetzung gehen. Im Centre Charlemagne fand Ulrich in Professor Frank Pohle einen Mitstreiter, er sorgte für jugendliche Unterstützung. In einem Workshop über drei Tage konnten Jugendliche zwischen 11 und 14 Jahren aus der ganzen Städteregion

haben wir einen großen Spaziergang durch die Stadt gemacht, viel über Aachen und das Jakobsviertel erfahren. Manche von uns waren noch nie hier, andere wohnen in der Nähe. Meine Schule ist hier in der Nähe, deshalb kann ich immer wieder vorbeikommen und mein Kunstwerk ansehen“, schilderte er sichtlich stolz die Vorgehensweise. In Gruppen oder – wie bei Jan Bebronne – einzeln entstanden im

Ehrenamtler für Rettungsdienst gesucht

Die Städteregion will Hilfsorganisationen jährlich mit 25.000 Euro unterstützen. Praktiker haben Ideen.

VON JUTTA GEESE

STÄDTEREGION 25.000 Euro jährlich soll die Städteregion ab dem kommenden Jahr für die Ehrenamtsförderung im Rettungsdienst und Katastrophenschutz zur Verfügung stellen. Das hat der Städteregionsausschuss jetzt einstimmig beschlossen. Der Wegfall der Wehrpflicht und damit des Zivildienstes habe bei den Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsdiensten zu Nachwuchsmangel geführt. Dem und dem zunehmend festzustellenden Mangel an Wertschätzung der Helferinnen und Helfer müsse wirksam begegnet werden.

Seit dem vergangenen Jahr diskutiert die Städteregionsverwaltung auf Antrag von CDU und Grünen mit Vertretern der Verbände darüber, wie mehr Menschen für die ehrenamtliche Arbeit bei den Hilfsdiensten gewonnen werden können. Unter dem Motto „Runter vom Sofa, rein ins Ehrenamt“ analysierten 54 Vertreter aus Verbänden, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft im März vergangenen Jahres in einem Workshop die Ist-Situation und entwickelten erste Ideen.

Das reichte von der Überlegung, Interessenten und Neueinsteigern einen „Paten“ zur Seite zu stellen,



Im Dilemma: Durch den Wegfall der Zivildienstleistenden fehlt den Rettungsdiensten Personal, damit die Autos nicht stehen bleiben. FOTO: DANIEL KARMANN/DPA

über die Erstellung von „Stellenprofilen“, damit potenzielle neue Helferinnen und Helfer besser einschätzen können, was von ihnen gefordert wird, bis hin zur Schaffung eines Bewerberportals für Ehrenamtliche, Erarbeitung von gemeinsamen Fortbildungen zum Ehrenamt und zu Themen des Katastrophenschutzes und Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung.

Investiert werden muss nach Auffassung der Experten aus der

Praxis aber auch in die Infrastruktur. Dazu gehören ansprechende Unterkünfte mit Sanitäreinrichtungen und Teeküchen, funktionale Fahrzeughallen sowie Ausbildungs- und Schulungsräume. Mittelfristig wünschen sich die Praktiker zwei Katastrophenschutzzentren, eines im Norden und eines im Süden der Städteregion, die von allen Hilfsorganisationen und den kommunalen Feuerwehren gemeinsam genutzt werden – für Fortbildungen und Übungen, aber auch für das

Unterstellen von Fahrzeugen. Das städteregionale Amt für Katastrophenschutz und Rettungswesen ist dabei, die Idee zu konkretisieren. Das Konzept wird dem zuständigen Fachausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.

Im zweiten Halbjahr dieses Jahres wird ein Arbeitskreis, dem neben Vertretern des Fachamtes und der Organisationen auch der städteregionale Ehrenamtsbeauftragte angehören wird, auf der Basis der Ideensammlung aus dem Workshop konkrete Projekte zur Ehrenamtsförderung und -unterstützung sowie Richtlinien für die Verwendung der 25.000 Euro Fördermittel entwickeln.

Nicht in den Händen der Städteregion liegt es, zwei weitere Wünsche der Praktiker zu erfüllen: die Einführung eines sozialen Pflichtjahres, von dem auch die Hilfsorganisationen profitieren könnten, und die Schaffung finanzieller Anreize, etwa durch Steuervergünstigungen und bessere Aufwandspauschalen für Einsätze. Die Verwaltung setzt darauf, dass hierzu Impulse vom Land kommen. „Mit Nachdruck“ sei NRW zwischenzeitlich aktiv, um das Ehrenamt im Katastrophenschutz zu stärken.